

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 5

Artikel: Unsichere Lage
Autor: Jenni, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsichere Lage

Der Bundesrat veröffentlichte am 29. April 2021 einen in periodischen Abständen erscheinenden Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Er stellt darin fest, dass sich die internationale Lage teilweise verschärft habe. An den Grenzen von Europa habe sich die Lage teilweise verschlimmert. Die Regierung zeigt im Bericht auf, wie sich diese Situation negativ auf die Sicherheitspolitik des Landes auswirkt.

Peter Jenni

Der neue Bericht legt die Stossrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik für die kommenden Jahre fest. In Zukunft soll diese Beurteilung der Lage nur noch einmal pro Legislatur veröffentlicht werden. Das eingeleitete Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bericht dauert bis am 18. August 2021. Vor Ende 2021 wird die defi-

nitive Fassung vom Bundesrat verabschiedet und an das Parlament überwiesen.

Gefahren

Die USA haben in den letzten Jahren ihre Führungsrolle teilweise aufgegeben. Dies habe dazu geführt, dass vor allem China und Russland versuchten, ihren Einfluss



Bild: Mil.ru

China und Russland gewinnen zunehmend an Einfluss.

zu vergrössern. Die EU hätte das Potentiel, um global Einfluss zu nehmen. Es sei aber unklar, wie weit es ihr «gelingen wird, dieses auszuschöpfen.» Parallel sinke die Handlungsfähigkeit der internationalen Sicherheitsorganisationen wie der UNO und der OSZE.

Diese hauptsächlichen Faktoren erhöhen die Instabilität und die vorhandenen Spannungen sowie das Risiko von bewaffneten Konflikten.

Gefahren drohen aber auch von den neuen Technologien, die immer schneller entwickelt und eingesetzt würden.

Die wachsenden Datenmengen können erfasst, verknüpft und verfügbar gemacht werden. Sie werden von staatlichen und privaten Kriminellen immer wieder für missbräuchliche Vorhaben eingesetzt und bedeuten für staatliche Organisationen und private Firmen eine zunehmende Bedrohung. Schliesslich stellt der Bundesrat fest, dass der laufende Wandel individueller und kollektiver Verhaltensweisen auch sicherheitspolitisch relevant sei. Diese Entwicklung fördere die gesellschaftliche Fragmentierung und die Polarisierung sowie das Risiko von politischer Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus.

Ziele der Sicherheitspolitik

Der Bericht zeigt auf, welche sicherheitspolitischen Interessen und Ziele unser Land habe und wie diese umgesetzt werden sollen. Es werden folgende Ziele definiert, die in den nächsten Jahren verfolgt werden sollen:

Kooperation und Neutralität: Der Kerninhalt der Neutralität bedeutet, dass keine Partei in einem bewaffneten Konflikt unterstützt wird. Die Schweiz ist international aber stark vernetzt und will mit allen Staaten gute Beziehungen pflegen.

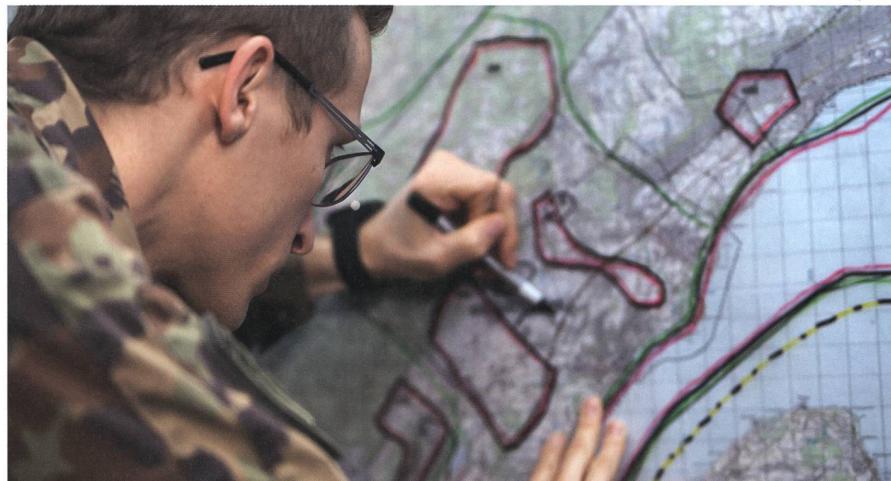


Bild: US Airforce

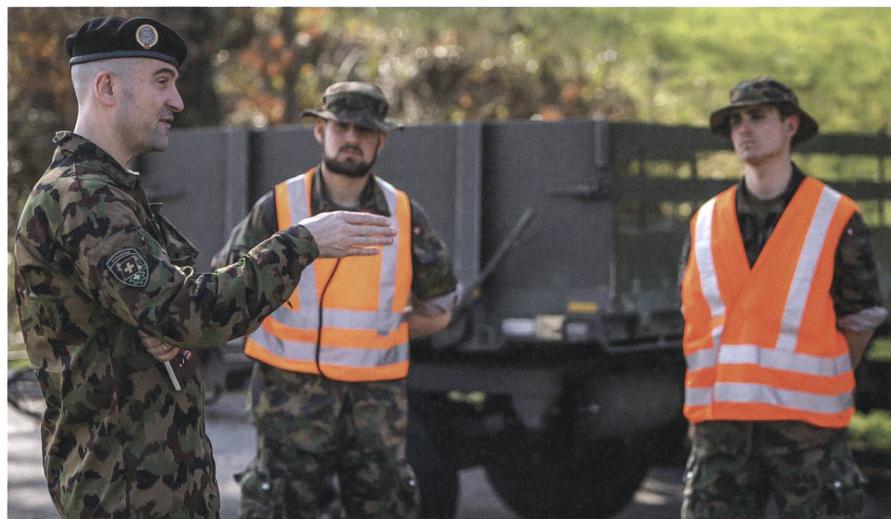
Parallel sinkt die Handlungsfähigkeit der internationalen Sicherheitsorganisationen wie der UNO und der OSZE.



Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden.



Des Weiteren sollen die Fähigkeiten der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen gestärkt und die internationale Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit gefördert werden.



Die Erfahrungen in der Bekämpfung der Pandemie haben gezeigt, dass alle sieben Departemente, die Kantone und die Gemeinden zusammenarbeiten müssen.

Demokratie, Respektierung des Völkerrechts und Rechtsstaatlichkeit: Die Schweiz setzt sich für die Einhaltung des internationalen Rechts ein. Dazu gehören auch das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte.

Föderalismus und Subsidiarität: Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Alle drei Ebenen sind wichtig, wobei die Subsidiarität einen zentralen Pfeiler bildet.

Miliz und Dienstpflicht: Das Schweizer System baut auf dem Milizprinzip auf. Kadernfunktionen können auch von Angehörigen der Miliz übernommen werden. Wichtig: Das Dienstpflichtsystem muss dafür sorgen, dass die Armee, der Zivilschutz, der Zivildienst und teilweise auch die Feuerwehr über das erforderliche Personal verfügen.

Des Weiteren sollen die Fähigkeiten der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen gestärkt und die internationale Zusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit gefördert werden. Eine verstärkte Ausrichtung auf hybride Konfliktführung soll stattfinden, die öffentliche politische Diskussion soll in der Schweiz gestützt auf Fakten und ohne Desinformation erfolgen sowie der Schutz vor Cyberbedrohungen verbessert werden.

Terrorismus, gewalttätiger Extremismus und die transnationale Kriminalität sollen verhindert, die Versorgungssicherheit des Landes bei internationalen Krisen verbessert, die Regenerationsfähigkeit nach Katastrophen und Notlagen gestärkt und schliesslich die Zusammenarbeit zwischen den Behörden weiter verbessert werden.

Umsetzung

Es versteht sich, dass für die Umsetzung dieser Zielsetzungen alle sieben betroffenen Departemente, die Kantone und die Gemeinden gefordert sind. In der Vergangenheit herrschte vor allem auf diesem Gebiet eine Schwachstelle. Der zivile Teil der eidgenössischen Verwaltungen fühlte sich häufig, wenn eine Übung anberaumt war, nur halbherzig betroffen. Man überliess das ernsthafte Mitmachen dem VBS. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit in der Pandemie haben erneut den Mangel an Koordination sichtbar gemacht. Jetzt sind die entsprechenden Lehren zu ziehen. 